



Junisession 2020: Sessionsrückblick

von René Epp, Grossrat*

Die Junisession des Grossen Rats stand ganz im Zeichen der Corona-Krise. Da die Session vom April 2020 wegen der Corona Pandemie ausfiel, wurde die Junisession auf fünf Tage verlängert. Der Grosse Rat und die Regierung trafen sich somit eine Woche lang in der Churer Stadthalle um über die verschiedenen Geschäfte zu debattieren. In der 2200 Quadratmeter grossen Stadthalle konnten die Hygiene-Vorschriften eingehalten werden, was im Grossratsgebäude nicht gewährleistet gewesen wäre.

In seiner vorletzten Eröffnungsrede sprach Landespräsident **Alessandro Della Vedova** über die Auswirkungen der Corona-Pandemie. So hat dieser Virus die Rahmenbedingungen unseres Lebens und der Wirtschaft auf den Kopf gestellt. Der Kanton und die Gemeinden mussten das umsetzen, was der Bund vorgab. Della Vedova stellte zufrieden fest, dass das Vorgehen des Bundesrates und der Kantone recht gut funktioniert hat und es nun die Aufgabe des Parlamentes sei, die Massnahmen der Regierung zu diskutieren und zu verabschieden.

Generell gab es für die Bündner Regierung Lob aus allen Parteien. So wurden das mehrheitlich schnelle und zielgerichtete Handeln der Regierung wie auch die Zusammenarbeit der verschiedenen Amtsstellen gelobt. Natürlich gab es nebst Lob auch kritische Stimmen. So hat auch unser Fraktionspräsident **Remo Cavegn** festgestellt, dass die Legislative eher wenig in die Entscheidungsprozesse eingebunden worden war. Auch wurden verschiedene Forderungen gestellt. Von mehr Lohn für das Gesundheitspersonal, bessere Arbeitsbedingungen bis hin zu einem Impulsprogramm für die Wirtschaft. Die **CVP** machte ihrerseits auf den Abbau von Bürokratie und das Vorwärtsmachen im Bereich der Digitalisierung aufmerksam.

Notrecht, Corona-Fragestunde und Jahresrechnung

Alle acht Notverordnungen der Regierung im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie wurden vom Grossen Rat genehmigt. Diese Corona-Notverordnungen wurden von der Regierung während der Krise eigenständig erlassen und mussten vom Grossen Rat nachträglich gutgeheissen werden. Weiter ist zu erwähnen, dass Finanzminister Rathgeb während der Corona-Fragestunde klar zum Ausdruck gab, dass sich der Kantonshaushalt und die Finanzperspektiven wegen der Corona Krise wesentlich verschlechtert haben. So werde das Budget 2021 wegen Ertragsausfällen um rund 25 Millionen zusätzlich belastet. Nebenbei wurden auch der Geschäftsbericht und die Jahresrechnung 2019 genehmigt, welche erfreulicherweise mit einem positiven Gesamtergebnis von 53.6 Millionen abgeschlossen hat.

Kantonsgericht

Normalerweise ist die Wahl der Richterinnen und Richter für das Kantonsgericht Graubünden recht unspektakulär. Dieses Jahr ist jedoch alles ein bisschen anders. Denn es gibt personelle

Spannungen zwischen den Richtern. So wirft Richter Peter Schnyder dem Gerichtspräsidenten Norbert Brunner vor, ein Urteil über einen Erbstreit gefälscht zu haben. Der Fall wird nun untersucht. Die Justizkommission, welcher Grossrat **Ilario Bondolfi** vorsteht, empfiehlt dem Grossen Rat, Kantonsrichter Schnyder bei den Wahlen, welche höchstwahrscheinlich im August 2020 stattfinden werden, nicht wiederzuwählen. Die Glaubwürdigkeit des Kantonsgerichts hat entsprechend gelitten und die Forderung, gerade von den Polparteien SVP und SP, werden immer lauter, keinen der bisherigen Kantonsrichter zu wählen, um so einen Neustart zu erzwingen. Die CVP und die FDP werden über die künftige Zusammensetzung des Kantonsgerichts erst nach den Anhörungen der verschiedenen Kandidatinnen und Kandidaten definitiv entscheiden. Beide Parteien sehen es aber nicht als zielführend, nun einfach alle Richterinnen und Richter auszuwechseln. Die BDP ist noch unschlüssig, aber kann sich dennoch vorstellen, trotz der Nichtwahlempfehlung, Kantonsrichter Schnyder zu wählen. So oder so, die Augustsession wird es in sich haben und der Grosse Rat sieht in einer grossen Verantwortung.

Regionalentwicklung, Waldgesetz & 40 Millionen Franken

Durch die Teilrevision des Gesetzes über die Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung in Graubünden haben die Regionen mehr Verantwortung erhalten und das Regionalmanagement mehr finanzielle Mittel. Die Teilrevision des Waldgesetzes wurde dem teilrevidierten Bundesgesetz über den Wald angepasst und das neue Gesetz zur Förderung der digitalen Transformation wurde vom Grossen Rat gutgeheissen. Für deren Digitalisierungsschub sind 40 Millionen Franken vorgesehen. Grossrat und Kommissionspräsident **Reto Loeffle** war für die Teilrevision der Wirtschaftsförderung sowie für das Gesetz zur Förderung der Digitalisierung zuständig, beide Geschäfte wurden vom Grossen Rat mit grossem Mehr angenommen.

Wölfe, Porta Alpina & Wahlkuverts

Die Grossräte **Kevin Brunold** und **Reto Cramer** haben in der Fragestunde von der Regierung wissen wollen, wie sie das Risiko von Übergriffen von Wölfen auf Mutterkuhherden für die Landwirtschaft und den Tourismus einschätze und ob die Regierung das Alarmsystem für Grossraubtiere ausbauen werde. Regierungsrat **Marcus Caduff** informierte, dass für die diesjährige Alpsaison eine vermehrte Präsenz von Hirtinnen und Hirten und der Einsatz von Herdenschutzhunden zu empfehlen sei. Dies könne zumindest verhindern, dass sich ein Wolf einer Herde nähere. Übergriffe könnten aber nie ganz ausgeschlossen werden, solange der Wolf dasselbe Gebiet teile. Die Alarmierung gehe per SMS an die Landwirte, Gemeinden und Alpmeister in den betroffenen Regionen. Ausserdem gebe es für die Bevölkerung auf einer neu gestalteten Webseite des kantonalen Jagdamtes eine Karte, in welcher alle Grossraubtierbeobachtungen eingetragen und alle bestätigten Risse vermerkt seien, so Regierungsrat **Mario Cavigelli**.

Die Forderung von Grossrat **René Epp**, die Regierung solle nochmals alles Mögliche unternehmen, um die unterirdische Bahnstation (Porta Alpina) im Gotthard-Tunnel einer Realisierung näher zu bringen wurde vom Grossen Rat einstimmig unterstützt. Der Rückhalt für das Projekt Porta Alpina ist folglich weiterhin sehr gross und die Regierung kann nun die neu gewonnenen Erkenntnisse aus den Erfahrungen der Inbetriebnahme der NEAT in die Neubeurteilung einfließen lassen. «Der Zeitpunkt, um das Projekt nochmals zu prüfen und neue Verhandlungen zu führen sei gut», erklärte Departements-Chef **Mario Cavigelli**.

Künftig werden bei Abstimmungen und Wahlen die Abstimmungskuverts vorfrankiert. So hat der Grosse Rat einen Auftrag vom SVP-Parteipräsidenten Roman Hug mit 61:50 überwiesen. Grossrat **Tino Schneider** sowie andere Fraktionskollegen unterstützten den Auftrag mit der Begründung, dass es eine sinnvolle Investition in die direkte Demokratie sei, bis das E-Voting

reif ist. Ausserdem seien die Kosten verkraftbar, da der volle Betrag niemals ganz ausgeschöpft werde.

Herzlich Willkommen Jeanette

Als letzten Punkt möchte ich erwähnen, dass sich Andreas Thöny (Landquart) und Beat Deplazes (Chur), beide SP, aus beruflichen Gründen per sofort aus dem Grossen Rat zurückgezogen haben. Den Platz von Andreas Thöny wird die CVP beerben dürfen und zwar mit **Jeanette Bürgi-Büchel**, Präsidentin der CVP Frauen Graubünden. Wir begrüssen dich ganz herzlich, Jeanette, in der CVP-Fraktion und freuen uns sehr auf eine angenehme Zusammenarbeit mit dir.

* zum Autor: René Epp, Disentis/Mustér ist seit 2014 Grossrat aus dem Kreis Cadi. Er ist als Finanzberater/Dipl. Bankwirtschafter HF tätig. René Epp kandidiert bei den Gemeindewahlen 2020 als Gemeindepräsident von Disentis/Mustér.